



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04093**
Datum: 16.05.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Jugendhilfeausschuss	07.06.2018	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	14.06.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	14.06.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.06.2018	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.06.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.06.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“

Beschlussvorschlag:

1. Der Präventionsrat wird in seiner Struktur neu gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Zweck ein extern moderiertes Dialogverfahren mit den Mitgliedern des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit anzustoßen und zu begleiten. Um sich eine neue Struktur zu geben, ist ein Mehrheitsbeschluss

im Gremium notwendig. Die neue Struktur des Präventionsrates soll mit dem 01.01.2019 in Kraft treten. Ziel des Dialogverfahrens soll sein,

- a. die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen des Präventionsrates zu hinterfragen und neu zu fassen,
 - b. die zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt Halle (Saale) zu analysieren, Synergien mit dem Präventionsrat herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden,
 - c. neue Mitgliedschaften im Präventionsrat zu ermöglichen und konkrete Mitglieder für den Präventionsrat zu definieren und zu gewinnen,
 - d. die Aufgabenbereiche der mit Stadtratsbeschluss VI/2017/03679 geschaffenen 0,5 VZE-Personalstelle zu definieren,
 - e. Art und Verantwortlichkeiten eines Berichtwesens gegenüber Stadtverwaltung und Stadtrat festzulegen,
 - f. ein Sachkostenbudget für die Arbeit des Präventionsrates zu definieren.
2. Zu dem in Punkt 1 vorgeschlagenen Dialogverfahren sollen über die bereits aktiven Mitglieder des Präventionsrates interessierte Vertreter*innen folgender Bereiche der Gesamtgesellschaft zur Teilnahme aufgefordert werden: Jugend, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Senioren, Gleichstellung, Integration, Opferschutz und Kirchen.
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach gefasstem Beschluss des Präventionsrates zur Neuausrichtung des Gremiums die geltende Beschlusslage III/2001/01855 anzupassen und dem Stadtrat spätestens zur Stadtratssitzung im Dezember 2018 zum Beschluss vorzulegen.
 4. Der Präventionsrat gibt sich nach der Bestätigung der Neustrukturierung eine neue Geschäftsordnung, die dem Stadtrat zur Kenntnis gereicht wird.
 5. Der Präventionsrat legt der Stadtverwaltung und dem Stadtrat in seiner beratenden Funktion einen jährlichen Tätigkeitsbericht mit Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit in der Stadt Halle (Saale) vor.
 6. Ein im Zuge der Neustrukturierung im Dialogverfahren definiertes Sachkostenbudget ist von der Stadtverwaltung in den Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 ff. zu berücksichtigen.

gez. Tom Wolter
Vorsitzender Fraktion
MitBÜRGER für Halle –
NEUES FORUM

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender
SPD-Fraktion

gez. Dr. Inés Brock
Vorsitzende Fraktion
BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN

Begründung:

1. Vorbemerkung

Prävention ist ein wichtiger Ansatz in der Bekämpfung von Rassismus, Gewalt und Kriminalität. Hier trägt die Stadt im kommunalen Handlungsrahmen ein hohes Maß an Verantwortung zur Entwicklung von ganzheitlichen, ressortübergreifenden Präventionsstrategien. Durch diesen gesamtgesellschaftlichen Ansatz scheint es am ehesten möglich, global und lokal bedingte Ursachen und Faktoren für die Entstehung von Rassismus, Gewalt und Kriminalität anzugehen und zu beseitigen. Dies kann nur durch Partizipation der Bevölkerung erreicht werden. Die Beteiligung vieler dient dabei auch der Identifikation mit der Präventionsstrategie.

Um ein von Toleranz geprägtes Klima in der Stadt Halle zu erreichen, wurde bereits im Jahr 2001 durch einen Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) ein Beratungs-, Informations-, Bündelungs- und Aktionsgremium installiert. Hier sollen alle gesellschaftlichen Kräfte in einem auf Dauer angelegten Gremium zur Erhöhung der Sicherheit in der Stadt Halle (Saale) beitragen. Aufgabe ist die Entwicklung von ganzheitlichen, ressortübergreifenden Präventionsstrategien, die im Zusammenwirken mit den Bürgern umgesetzt werden sollen. Im Präventionsrat soll eine Platzierung und Bearbeitung von Themen unabhängig von Bundes- und Landesfinanzierung ermöglicht werden.

2. Dialogverfahren zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“

Aus Sicht der antragstellenden Fraktionen ist die Neuausrichtung des Präventionsrates nur durch ein Dialogverfahren nachhaltig und richtungsweisend. Eine Moderation durch eine externe und unabhängige Person oder Stelle sollte zwingend im Dialogverfahren berücksichtigt werden. Die Verwaltung soll dieser externen Moderation unterstützend zur Seite stehen. Ziel des Verfahrens soll sein, die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen des Präventionsrates zu hinterfragen und neu zu fassen, die zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt Halle (Saale) zu analysieren, Synergien mit dem Präventionsrat herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden, neue Mitgliedschaften im Präventionsrat zu ermöglichen und konkrete Wunschmitglieder für den Präventionsrat zu definieren und zu gewinnen, die Aufgabenbereiche der mit Stadtratsbeschluss VI/2017/03679 geschaffenen 0,5 VZE-Personalstelle zu definieren, Art und Verantwortlichkeiten eines Berichtwesens gegenüber Stadtverwaltung und Stadtrat festzulegen sowie ein Sachkostenbudget für die Arbeit des Präventionsrates zu definieren.

Nicht nur aktuelle Mitglieder des Präventionsrates sollen an dem Dialogverfahren teilnehmen können. Vielmehr scheint es zentral, auch externe Akteure der Präventionsarbeit als gleichwertige Diskussionsteilnehmer*innen zu gewinnen und in den Prozess mit einzubeziehen.

3. Tätigkeitsberichte

Neben der Netzwerkfunktion, also einer Bündelung von Koordination und Öffentlichkeitsarbeit, besteht eine zentrale Aufgabe des Präventionsrates darin, aus der konkreten Situationsanalyse Einschätzungen und Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit in der Stadt Halle (Saale) zu formulieren. Der Präventionsrat erstellt in seiner beratenden Funktion einen Jahresbericht mit Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit der Stadt Halle (Saale).

4. Finanzielle und personelle Ausstattung des Präventionsrates

Zur Umsetzung einer stringenten Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit bedarf es aus Sicht der antragstellenden Fraktionen eines eigenverantwortlich verwalteten Sachkostenbudgets. Zu diesem Zweck soll im Dialogverfahren ein jährliches Haushaltsbudget definiert werden, das ab dem Haushaltsjahr 2019 ff. seitens der Stadt zur Verfügung gestellt wird.

Die laut Stadtratsbeschluss ab dem 01.01.2018 geschaffene 0,5 VZE-Personalstelle zur Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit wurde in die Mittelfristplanung übernommen. Die konkreten Arbeitsbereiche sollen ebenfalls im Rahmen des Dialogverfahrens definiert werden.



Sitzung des Stadtrates am 27.06.2018

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“

Vorlagen-Nr.: VI/2018/04093

TOP: 9.9

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat gemeinsam mit den Mitgliedern des Präventionsrates seit Dezember 2017 an einer effizienteren Arbeitsstruktur für den Präventionsrat gearbeitet. Ziel war es, die vierteljährlichen Sitzungen des Gremiums für die sehr verschiedenen fachlichen Hintergründe und Interessen der Mitglieder zu öffnen und eine effiziente fachliche Arbeit zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten die bisherigen Überschneidungen mit den Themenbereichen der seit dem Einrichtungsbeschluss zum Präventionsrat etablierten „Hallianz für Vielfalt“ reduziert werden.

In der Sitzung des Präventionsrates am 06.12.2017 wurde eine neue Struktur anhand des „Hildesheimer Konzeptes“ vorgestellt und diskutiert. Es wurde sich darauf verständigt, nach Beratungen in den Gremien der Mitglieder weitere Abstimmungen zum Vorgehen in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Am 22.02.2018 erfolgte nach einer Diskussion zur Struktur eine Verständigung zur thematischen Ausrichtung der Arbeitsgruppen. Nach den Vorstellungen der Mitglieder des Präventionsrates sollen zukünftig dessen Themen in den Arbeitsgruppen „Graffiti“, „Konfliktmanagement in Schule und Freizeit“, „Opferschutz, häusliche Gewalt“, „Sicherheit für Senioren“ und „Diskriminierung“ erfolgen. Alle Mitglieder des Präventionsrates wurden unmittelbar nach der Sitzung über diese Verständigungen informiert. Es wurde darum gebeten, neue Akteure für eine Mitarbeit vorzuschlagen und eine Rückmeldung zur eigenen Mitarbeit in den AGs zu geben.

Parallel dazu wurde im Amtsblatt vom 07.03.2018 über diese Ergebnisse zur Neuausrichtung der Arbeit des Präventionsrates informiert und zur Mitarbeit in den Arbeitsgruppen eingeladen.

In der nächsten Sitzung des Präventionsrates am 23.08.2018 wird abschließend die neue Struktur vorgestellt und dabei insbesondere die Arbeitsweise und Vernetzung der Gremien und Akteure diskutiert.

Vorbilder für eine neue Struktur und neue Arbeitsweise des Präventionsrates waren der Präventionsrat der Stadt Hildesheim und das Netzwerk Migration und Integration der Stadt Halle (Saale).

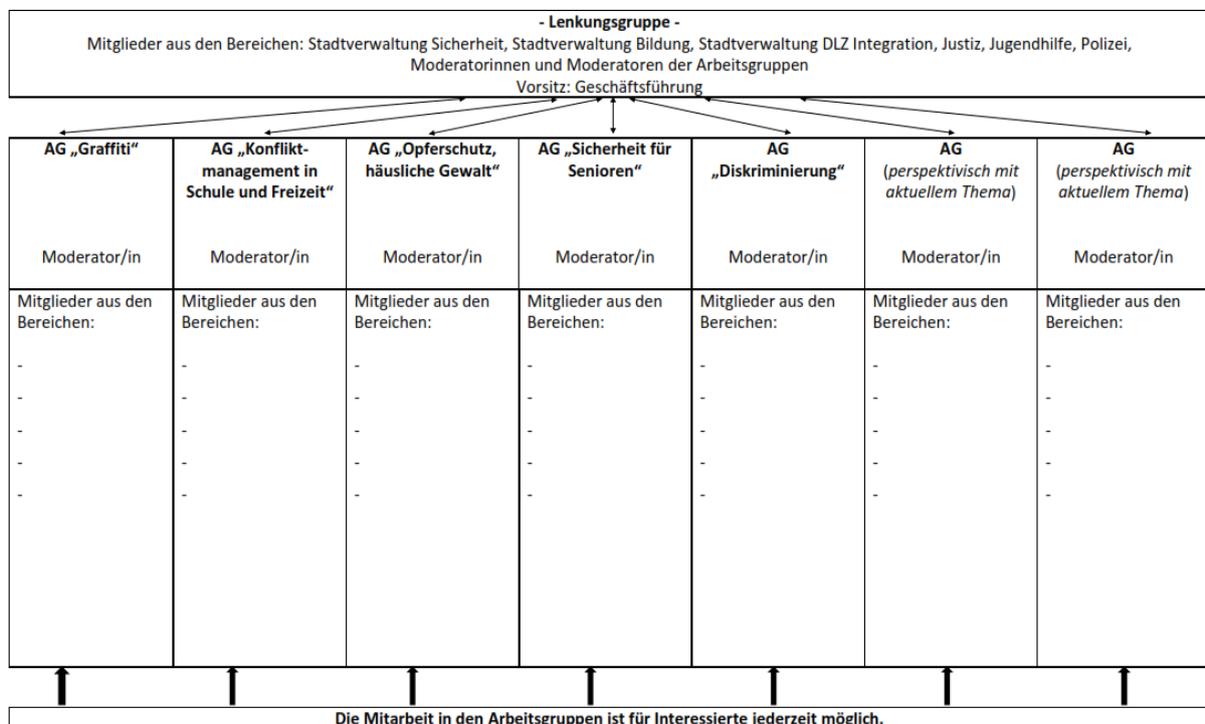
Im Zentrum der neuen Struktur des Präventionsrates stehen die Arbeitsgruppen. In diesen erfolgt eine fachliche Diskussion zu aktuellen Themen und Herausforderungen in der Stadt. Das Ziel ist die Vernetzung der an diesen Themen arbeitenden Akteure, so dass Absprachen zur zielgerichteten Arbeit, ein Informationsaustausch untereinander, aber auch Handlungsempfehlungen an Stadtrat und Stadtverwaltung gegeben werden können. Die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen sollte kontinuierlich erfolgen, jedoch ist auch eine temporäre Teilnahme von Interessierten zu konkreten Themen jederzeit möglich.

Die Steuerung der Arbeit in den Arbeitsgruppen erfolgt über die Moderatorinnen und Moderatoren, die städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein können. Die Moderation ist Ansprechpartner für die Mitglieder in den Arbeitsgruppen, verfolgt das Themenfeld im Tagesgeschehen und stellt Themen für die viermal jährlich stattfindenden Sitzungen der Arbeitsgruppe zusammen und berücksichtigt dabei auch Vorschläge der Mitglieder. Sie ist gleichzeitig das Bindeglied zur Lenkungsgruppe.

Die Lenkungsgruppe koordiniert die Arbeit des Präventionsrates und tagt viermal im Jahr jeweils vor den turnusmäßigen Sitzungen der Arbeitsgruppen. Sie berät mit den Moderationen der Arbeitsgruppen die aktuellen Themen und nimmt Empfehlungen aus den AGs entgegen. Die Lenkungsgruppe gibt Handlungsempfehlungen an die Stadtverwaltung und den Stadtrat. Sie wird geleitet von der Geschäftsführung des Präventionsrates. Diese Stelle wird nach dem Abschluss der Neustrukturierung beschrieben und besetzt.

Es erfolgt eine regelmäßige Evaluation, ob die bestehenden Arbeitsgruppen weiterarbeiten sollen und/oder neue Themen eine neue Arbeitsgruppe erfordern. Über eine Geschäftsordnung entscheidet die Lenkungsgruppe.

Präventionsrat der Stadt Halle (Saale)



Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister